

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Kristian Ronneburg und Stefanie Fuchs (LINKE)

vom 24. März 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. März 2022)

zum Thema:

**Barrierefreiheit für sehbehinderte und blinde Menschen in Bus und
Straßenbahn**

und **Antwort** vom 08. April 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. April 2022)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE) und
Frau Abgeordnete Stefanie Fuchs (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11382
vom 24.03.2022
über Barrierefreiheit für sehbehinderte und blinde Menschen in Bus und
Straßenbahn

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft (zum Teil) Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher die Berliner Verkehrsbetriebe AöR (BVG) um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

Frage 1:

Zu welchen Ergebnissen kam das Pilotprojekt „2-Sinne-Prinzip bei Bus und Straßenbahn“, welches 2018 gestartet wurde?

Frage 2:

Welches System oder welche Systemkombination konnte als Vorzugsvariante identifiziert werden, um sehbehinderten und blinden Fahrgästen die Nutzung von Bussen und Straßenbahnen zu erleichtern?

Antwort zu 1 und 2:

Mit dem Projekt „2-Sinne-Prinzip in Bussen und Bahnen“ (FGI akustisch) verfolgten der Berliner Senat und die BVG das gemeinsame Ziel, landesweit eine barrierefreie Fahrgastinformation für blinde und sehbehinderte Menschen zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen des einjährigen Modellversuches (Pilotprojekt „2-Sinne-Prinzip“) 2018/19 wurde die Umsetzung der drei technischen Lösungsansätze „sprechendes Fahrzeug“, „sprechende Haltestelle“ und „sprechendes Smartphone“ anhand der Nutzerakzeptanz, Praktikabilität und Wirtschaftlichkeit getestet. Auf Basis der Ergebnisse des Modellversuches wurde die Handlungsempfehlung zur sukzessiven

Ausrüstung von Bus- und Tram-(Neu-)Fahrzeugen („sprechende Fahrzeuge“) in Ergänzung mit der Einführung einer App-basierten akustischen Fahrgastinformation („sprechendes Smartphone“) mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz abgestimmt und im Verkehrsvertrag verankert. Die sprechenden Fahrzeuge haben zum Ziel, durch Ansage der eigenen Liniennummer und Zielhaltestelle insbesondere blinde und sehingeschränkte Menschen zu unterstützen, ohne fremde Hilfe an der Haltestelle das für sie relevante Fahrzeug zu identifizieren. Das sprechende Smartphone beinhaltet die Einführung einer sprachgesteuerten App-Lösung, die die Nutzenden zusätzlich zur akustischen Ansage am Fahrzeug über einfahrende Fahrzeuge, Umleitungen und Störungen informieren, Routenplanungen ermöglichen und die Abgabe eines Mitfahrwunsches ermöglichen soll.

Frage 3:

Wie viele Busse, Straßenbahnen und Haltestellen auf welchen Linien sind derzeit mit akustischen Systemen für sehbehinderte und blinde Menschen ausgestattet?

Antwort zu 3:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind weder Fahrzeuge noch Haltestellen mit akustischen Systemen für sehbehinderte und blinde Menschen ausgestattet.

Frage 4:

Welche Pläne gibt es derzeit (Umfang, Zeitrahmen, Finanzvolumen) Busse, Straßenbahnen und Haltestellen mit Systemen für sehbehinderte und blinde Menschen auszurüsten?

Antwort zu 4:

Die BVG hat mit dem Projekt „Rollout Fahrgastinformation akustisch“ zum Ende des letzten Jahres mit der Umsetzung der Handlungsempfehlung des Modellversuches („sprechendes Fahrzeug“ und „sprechendes Smartphone“) begonnen. Das Projekt ist (auch finanziell) an den Verkehrsvertrag geknüpft und strebt eine sukzessive Umrüstung und Ausrüstung der Tram- und Omnibusfahrzeuge Fahrzeuge mit entsprechender Soft- und Hardware bis zum Jahr 2035 an.

Berlin, den 08.04.2022

In Vertretung
Dr. Meike Niedbal
Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz